

informationen

der Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt

unterstützen

beraten

intervenieren

Schwerpunkt: Neonazistische Infrastruktur

Liebe LeserInnen,
liebe FreundInnen

Im ersten Halbjahr 2008 hat die Mobile Opferberatung 73 politisch rechts motivierte Gewalttaten in Sachsen-Anhalt registriert. Damit liegt die Zahl der Angriffe, die uns bekannt wurden, höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Einen Rückgang rechter Gewalt, wie die Sicherheitsbehörden in Sachsen-Anhalt derzeit melden, hat die Mobile Opferberatung nicht feststellen können. Besonders auffällig: Die Anzahl rassistisch motivierter Gewalttaten hat sich im Vergleich zum Vorjahreszeitraum fast verdoppelt.

Die meisten Opfer rechter Angriffe sind nach wie vor nicht-rechte und alternative Jugendliche und junge Erwachsene. Auch bei den regionalen Schwerpunkten gibt es wenig Veränderungen: Noch immer sind es der Landkreis Harz, das Jerichower Land, die Landeshauptstadt Magdeburg und der Landkreis Anhalt-Dessau, in denen die Zah-

len rechter Gewalttaten besonders hoch sind. Damit liegt Sachsen-Anhalt durchaus im bundesweiten Trend. Denn im Mai registrierten die Sicherheitsbehörden laut offiziellen Angaben so viele rechte Gewalttaten wie seit vielen Jahren nicht mehr.

Rechte Gewalt kann tödlich sein, wie zuletzt in der brandenburgischen Kleinstadt Templin, wo ein 55-jähriger arbeitsloser Tischler von zwei jungen Neonazis getötet wurde. In dieser Ausgabe der „informationen“ berichten wir über einen Fall tödlicher rechter Gewalt in Thüringen aus dem Jahr 2003, in dem es erst nach fünf Jahren zu einem erstinstanzlichen Prozess gegen einen der Täter gekommen ist. Die Mobile Opferberatung unterstützt die Angehörigen des getöteten Hartmut Balzke und ein überlebendes Opfer des Angriffs. Aktuell bitten wir um Spenden für das Revisionsverfahren gegen den Täter. Hart-

mut Balzke ist einer von über 130 Menschen, die seit 1990 an den Folgen rechter und rassistischer Gewalt starben.

Die bislang bekannten Fälle tödlicher rechter Gewalt bilden ebenso wie die jeweiligen aktuellen Zahlen rechter Angriffe nur einen Ausschnitt der Realität ab. Denn nach wie vor gibt es viele Betroffene rechter Angriffe, die sich weder bei den Sicherheitsbehörden melden noch von dem Unterstützungsangebot der Mobilen Opferberatung wissen. Hier sind wir auf Ihre und Eure Mithilfe angewiesen: Wenn Sie von einem rechten Angriff erfahren, informieren Sie uns – per E-Mail, Telefon oder SMS. Und vor allem: Wenn Sie Kontakt zu den Betroffenen haben – bieten Sie Unterstützung an und weisen Sie auf unser Hilfsangebot hin. Damit die Betroffenen rechter Gewalt nicht alleine gelassen und den Tätern Grenzen gesetzt werden. ■

Mobile Beratung
für Opfer rechter Gewalt

- Wir unterstützen Opfer nach einem rassistischen, rechtsextremen oder antisemitischen Angriff. Wir sind unabhängig und parteilich.
- Wir beraten kostenlos vor Ort und auf Wunsch anonym: Opfer rechter Gewalt und/oder FreundInnen, Angehörige und ZeugInnen.
- Wir intervenieren, wenn sich Opfer rechter Gewalt alleine gelassen fühlen.

Halle

Platanenstr. 9; 06114 Halle
Tel.: 0345/2 26 71 00 Mobil: 0170/2 94 84 13,
0151/53 31 88 24 oder 0175/1 62 27 12
opferberatung.sued@miteinander-ev.de

Magdeburg

Erich-Weinert-Str. 30; 39104 Magdeburg
Tel.: 0391/5 44 67 10 Mobil: 0170/2 94 83 52
oder 0170/2 92 53 61
opferberatung.mitte@miteinander-ev.de

Salzwedel

Chüdenstr. 4; 29410 Salzwedel
Tel.: 03901/30 64 31 Mobil: 0170/2 90 41 12
oder 0175/6 63 87 10
opferberatung.nord@miteinander-ev.de

20. April/Wittenberg

Ein 19-jähriger Jugendlicher wird mittags im Stadtzentrum von fünf Neonazis angegriffen. Der junge Mann wird zunächst beleidigt, dann hält ihn einer der Angreifer fest, während ein zweiter ihm einen Faustschlag versetzt. Der Betroffene erstattet Strafanzeige.

15. Mai/Dessau-Roßlau

Drei Jugendliche aus der alternativen Szene im Alter zwischen 15 und 18 Jahren werden in der Nähe des Hauptbahnhofs von mehreren mutmaßlichen Rechten angegriffen und geschlagen. Die Täter springen unvermittelt aus einem Auto und schlagen mit harten Gegenständen auf die Betroffenen ein.

Vor Gericht:

„Wir haben Flaschen in den Niggerblock geworfen“

Sangerhausen, am 6. Januar 2007, gegen 5 Uhr morgens: Vier Neonazis verüben im Anschluss an eine rechte Feier in Sotterhausen einen Brandanschlag auf die örtliche Flüchtlingsunterkunft. Drei Männer aus dem Niger, Liberia und Burkina Faso entkommen dem Anschlag nur knapp. Ein 24-Jähriger aus Burkina Faso verlässt Sangerhausen daraufhin schwer traumatisiert und leidet bis heute unter den psychischen Folgen des Anschlags.

36 Verhandlungstage dauerte der Prozess vor dem Landgericht Halle. Nun verurteilte das Jugendschwurgericht am 30. Juni 2008 drei der Angeklagten zu mehrjährigen Haftstrafen: den 25-jährigen Christian K. zu fünf Jahren und vier Monaten, den 27-jährigen Danny R. als Initiator des Anschlags zu vier Jahren und fünf Monaten und den 28-jährigen Glenn K. zu drei Jahren und neun Monaten Haft. Die 22-jährige Franziska Z. wurde wegen Beihilfe zu einer Jugendstrafe von zwei Jahren auf Bewährung verurteilt.

Motiv: Rassismus

In ihren Plädoyers hatten Staatsanwaltschaft und Nebenklage Rassismus als vordringliches Tatmotiv bezeichnet. Alle Angeklagten hätten aufgrund ihrer Verachtung gegenüber Menschen anderer Hautfarbe gehandelt. Diese wurde u.a. deutlich in der Aussage der NPD-Geschäftsführerin im Landkreis Mansfeld-Südharz, Yvonne Schaper, deren Verlobter Glenn K. einer der Angeklagten war. Schaper berichtete dem Gericht im Zeugenstand, was der Angeklagte Danny R. in der Tatnacht preisgegeben hatte: „Wir haben Flaschen in den Niggerblock geworfen!“ Zu dem Brandanschlag an sich sagte die bekennende Rechtsextremistin: „Ich denke genauso, renne aber nicht rum und mache so was.“

Im Gegensatz zu Staatsanwaltschaft und Nebenklägern sah das Gericht in seiner Urteilsbegründung als Motiv für den Brandanschlag hauptsächlich Rache für einen angeblichen Messerangriff auf Danny R. gepaart

mit „Ausländerfeindlichkeit“. Diese Einschätzung kann durchaus als symptomatisch für einen schwierigen Prozess angesehen werden. Die Angeklagten hatten zunächst geschwiegen und sich dann widersprüchlich eingelassen. Es wurden 35 Zeugen gehört, von denen viele wie beispielsweise die NPD-Kreistagsabgeordnete Judith Rothe und der Neonazi-Musikproduzent Enrico Marx in Verbindung mit den Angeklagten standen. Auch stellte sich bei der Frage der Verwertbarkeit von Aussagen der Angeklagten im Ermittlungsverfahren heraus, dass ein Staatschutzbeamter die Angeklagte Franziska Z. ohne Belehrung vernommen hatte.

Enge Verknüpfung von Ideologie und Praxis

In seiner Urteilsbegründung sprach der Vorsitzende von mangelnden Anhaltspunkten für eine Anstiftung durch die Neonaziszene um Judith Rothe und Enrico Marx in Sotterhausen bei Sangerhausen. Diese Bewertung ignoriert jedoch, wie eng die extrem rechte Erlebniswelt der Neonazikonzerte und -veranstaltungen mit der Weitergabe von Ideologie und entsprechenden Aktionsideen verknüpft ist. Alle Angeklagten waren fest in der Neonaziszene von Sangerhausen integriert und nahmen zum Teil seit Jahren an den wöchentlichen Kameradschaftstreffen in Sotterhausen, an rechten Konzerten und Aufmärschen teil. Christian K., der in der Neonazi-Band „Hate Soldiers“ mitspielte, und Franziska Z. haben sich zu Prozessende von der rechten Szene distanziert. Glenn K. und Danny R. dagegen manifestierten ihre Gesinnung auch in der Untersuchungshaft, wo sie Mitgefangene rassistisch beleidigten. Beide werden von der „Hilfsgemeinschaft für Nationale Gefangene“ (HNG) unterstützt, für die sich auch Enrico Marx engagiert.

Vorerst allerdings sind alle Verurteilten aus der Haft entlassen. Die VerteidigerInnen haben Revision gegen das Urteil angekündigt, die Beschwerde der Staatsanwaltschaft Halle gegen die Haftentlassung beim Oberlandesgericht Naumburg blieb ohne Erfolg. ■

Vor Gericht:

Bewährungsstrafe für tödlichen Angriff in Erfurt

Die Situation im Gerichtssaal des Landgerichts Erfurt war für Daniel J. nicht zu ertragen. Angespannt verfolgte der 24-jährige Punk die Anklageverlesung am 12. März 2008: Immerhin wurde hier der gewaltsame Tod seines Vaters Hartmut Balzke verhandelt. Fünf Jahre hatte Daniel J. darauf warten müssen. Nach der Anklageverlesung kann er sich nicht mehr zurückhalten: Mit dem Finger zeigt er auf den Angeklagten Dirk Q., beschimpft ihn als „Mörder“. Der Vorsitzende Richter mahnt zur Ruhe, droht mit Ordnungsgeld: ohne Erfolg. Der Nebenklagervertreter von Daniel J. bittet schließlich um eine Unterbrechung der Sitzung. Bis zum Ende der elftägigen Verhandlung wird der Punk den Gerichtssaal nicht mehr betreten.

Erfurt, 25. Januar 2003: Gegen 21 Uhr versuchten zwei offensichtliche Rechte, darunter Dirk Q., erfolglos, sich Zutritt zu einer Party in einer stadtbekanntem Punkerwohnung in Erfurt-Nord zu verschaffen. Auch auf der Straße provozierten die Rechten weiter. Einige Partygäste, die ohnehin zum Alternativen Jugendzentrum wollten, folgten ihnen schließlich. Es kam zu einer Auseinandersetzung, an deren Ende der damals 22-jährige Q. eine leichte Stichverletzung erlitt, mit der er sich zunächst in die Kneipe „Werners Billard Pub“ zurückzog.

Tödlicher Schlag

Gegen 21.20 Uhr verließ Q. die Kneipe in Begleitung mehrerer Personen wieder. Vor dem Pub standen noch zwei erheblich alkoholisierte Gäste der Punker-Party: der 25-jährige Sebastian Q. und der 48-jährige Hartmut Balzke. Mit einem gezielten Faustschlag streckte Dirk Q. zunächst Hartmut Balzke nieder, der daraufhin bewusstlos mit dem Hinterkopf auf den Boden prallte. Dann schlug Q. auch den 25-jährigen Punk nieder und trat mehrfach gegen Oberkörper und Kopf des bewusstlos am Boden Liegenden, der u.a. einen Gesichtstrümmerbruch davon trug. Zwei Tage nach dem Angriff stirbt Hart-

mut Balzke im Krankenhaus an einer massiven Hirnschwellung.

Schnell steht Dirk Q. unter dringendem Tatverdacht. Doch trotz der Schwere des Vorwurfs und einer laufenden Bewährung wird Q. weder in Untersuchungshaft genommen, noch wird seine Bewährung widerrufen. Gerade zwei Monate vor dem tödlichen Angriff war Q. wegen Körperverletzung und Zeigen des „Hitlergrußes“ zu einer einjährigen Jugendstrafe verurteilt worden. Und obwohl die Staatsanwaltschaft Erfurt im November 2003 Anklage gegen Q. u.a. wegen Körperverletzung mit Todesfolge erhebt, meldet sich erst mehr als drei Jahre später die 1. Schwurgerichtskammer des Landgerichts Erfurt zu Wort – mit einer erstaunlichen Argumentation: Der tödliche Angriff solle doch als „Schlägerei“ vor dem Amtsgericht abgehandelt werden. Nach einer Beschwerde der Staatsanwaltschaft erklärt das Thüringer Oberlandesgericht im Jahr 2007 die Anklage gegen Q. jedoch für zulässig. Ein weiteres Jahr vergeht, bis Mitte März 2008 der Prozess gegen Q. beginnt. Von der langen Verfahrensdauer profitiert er gleich mehrfach: Mittlerweile sind alle Vorstrafeneinträge gelöscht, Dirk Q. muss als nicht vorbestraft beurteilt werden. Auch bei der Strafzumessung wird dies zu seinen Gunsten ausgelegt.

Opfer zweiter Klasse?

Am Tag der Urteilsverkündung am 19. Juni sind viele Punks sowie etliche JournalistInnen ins Landgericht gekommen, nachdem sich die Betroffenen entschieden hatten, offensiv an die Öffentlichkeit zu gehen. Dirk Q. wird wegen Körperverletzung mit Todesfolge und einfacher Körperverletzung zu zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt. Weil Q. seit der Tat nicht mehr strafrechtlich in Erscheinung getreten ist, mutmaßt der Vorsitzende Richter in seiner Urteilsbegründung, die Tat sei für Q. „wohl ein heilsamer Schock“ gewesen. Sebastian Q., das überlebende Opfer des Angriffs, hat gegen das Urteil Revision eingelegt. ■

Spenden für das Revisionsverfahren

Als „minderschweren Fall von Körperverletzung mit Todesfolge“ bewertete das Landgericht Erfurt im Juni 2008 den Angriff durch Rechte auf Punks in Erfurt, bei dem im Januar 2003 Hartmut Balzke ums Leben kam und Sebastian Q. schwer verletzt wurde. Das Urteil und die fünf Jahre währende Verschleppung der Strafverfolgung haben Sebastian Q. und die Angehörigen von Hartmut Balzke als extreme Belastung und Ausdruck einer tiefen Missachtung gegenüber Punks empfunden. Inzwischen hat Sebastian Q. gegen das Urteil Revision eingelegt.

Ob es zu einem Revisionsverfahren kommen wird, entscheidet der Bundesgerichtshof. Im Fall einer ablehnenden Entscheidung belaufen sich die Verfahrenskosten auf rund 1.000 Euro; für den Fall eines neuen Prozesses können die Kosten, die auf die Nebenklage zukommen, eventuell erheblich höher sein.

Die Mobile Opferberatung unterstützt Sebastian Q. in seinem Kampf um Gerechtigkeit. Wir bitten daher um Spenden für das Revisionsverfahren an den Opferfonds von Miteinander e.V. Für den Fall, dass mehr Spendengelder eingehen als benötigt, werden die Spenden weiteren Opfern rechter und rassistischer Gewalt zur Verfügung gestellt.

Die Spenden sind steuerlich absetzbar. Auf Wunsch stellt Miteinander e.V. gerne eine Spendenbescheinigung aus. Darüber hinaus informiert die Mobile Opferberatung alle SpenderInnen über den Fortgang des Verfahrens.

Kontoinhaber:

Miteinander e.V.

Stichwort:

Opferfonds/Erfurt

Bank für Sozialwirtschaft

BLZ 810 205 00

Kto.-Nr. 535353

16. Mai/Dessau-Roßlau

Eine junge Frau aus der alternativen Szene wird am Wörlitzer Bahnhof von zwei Rechten beleidigt und angegriffen. Einer der Angreifer tritt die 20-Jährige ins Gesicht. Durch die Wucht des Tritts prallt die Betroffene gegen eine Hauswand. Die Betroffene muss ambulant behandelt werden.

23. Mai/Naumburg

Ein 18-jähriger Syrer wird kurz vor Mitternacht rassistisch beschimpft und anschließend von mindestens sechs Männern gejagt. Als die Angreifer den jungen Mann einholen, schlagen und treten sie auf ihn ein. Zahlreiche Augenzeugen schauen tatenlos zu. Der Betroffene muss stationär behandelt werden. Die Polizei nimmt noch in der Nacht fünf Tatverdächtige vorläufig fest.

24. Mai/Burg

Zwei Männer aus Burkina Faso und Saudi-Arabien werden vor einer Diskothek von einer ca. zehnköpfigen Gruppe rassistisch beleidigt, bespuckt und geschlagen. Der Flüchtling aus Burkina Faso erleidet eine Augenverletzung, sein Freund wird durch Tritte am Knie schwer verletzt. Der Türsteher der Disko greift nicht ein. Die von den Verletzten gerufene Polizei nimmt die Personalien der Tatverdächtigen nicht auf, sondern fährt die beiden Betroffenen lediglich ins Krankenhaus.

Die Szene hat sich modernisiert

Interview zu RechtsRock in Sachsen-Anhalt

Der Sozialwissenschaftler Jan Raabe beschäftigt sich seit den frühen 1990er Jahren mit den Versuchen von Neonazis, Jugendkulturen zu beeinflussen, eigene Trends zu schaffen und extrem rechte Ideologien durch Musik zu verankern. Im Interview spricht Jan Raabe als Co-Autor der Broschüre „RechtsRock made in Sachsen-Anhalt“ über die aktuellen Entwicklungen in der extrem rechten Musikszene in Sachsen-Anhalt und deren Wirkung.

Welche Bedeutung hat RechtsRock in Sachsen-Anhalt, wenn es darum geht, rechtsextreme Ideologie zu verbreiten?

Auch in Sachsen-Anhalt ist RechtsRock das Medium, das Jugendliche oftmals als erstes mit extrem rechten Inhalten konfrontiert. Sicherlich kennen viele auch vorher schon rechte Sprüche. Aber in ausformulierter Form sind es häufig erst RechtsRock-Texte, die beispielsweise vermitteln, dass der NS-Kriegsverbrecher und Hitler-Stellvertreter Rudolf Hess angeblich ein Friedensflieger gewesen sei.

Gerade für diejenigen Jugendlichen, die sich rechten Cliquen bzw. der rechtsextremen Szene angeschlossen haben, sind RechtsRock-Konzerte ein besonderes Erlebnis. Dort erleben sie Gemeinschaft, man hat Spaß zusammen. Das unterscheidet sich auf den ersten Blick nicht von der Eventkultur anderer Jungszenen, ist jedoch hochgradig politisiert und transportiert ein extrem rechtes bis neonazistisches Menschenbild. Im Gegensatz zu anderen Vermittlungsformen rechter Ideologie ist Musik etwas Gelebtes und findet im Alltag der Jugendlichen statt. Daher „fräst“ sich die Ideologie so stark über die Musik in den Köpfen ein.

Welche Stilrichtungen sind derzeit denn besonders ausgeprägt? Und wer wird damit überwiegend angesprochen?

Der beherrschende Stil ist bis jetzt immer noch der Rock, ob ruppig als Streetrock oder Punk oder mit leichten Variationen. Allerdings hat die Musik ihre Anbindung an den Skinhead-Stil verloren und ist „bunter“ geworden. Ein Beispiel: Die Bassistin von „Fight

Tonight“ – das ist die Nachfolgeband der „Hate Soldiers“ aus Sangerhausen mit dem ehemaligen Sänger von „Kampfzone“ – sieht auf den ersten Blick eher aus, als ob sie aus der Punkszene käme.

In Sachsen-Anhalt ist der sogenannte Hatecore sehr beliebt. Das bedeutet für die Szene sowohl musikalisch als auch vom sonstigen Stil eine ziemliche Modernisierung. Hier wird fast ausschließlich Englisch gesungen und auch die Themen verschieben sich. Wie im klassischen Hardcore werden oftmals soziale Probleme thematisiert, nur dass beim National-Socialist-Hardcore (NSHC) dann rechte bis neonazistische Lösungen präsentiert werden. Der NSHC bringt außerdem Farbe in die Szene: bunte Shirts, Piercings, Kinnbärte etc. Die altbekannte Glatze der Naziskinheads ist inzwischen ein ziemliches Auslaufmodell.

Gibt es in Sachsen-Anhalt regionale Schwerpunkte, in denen sich die rechtsextreme Musikszene und die einschlägigen Versandgeschäfte besonders häufen?

Erst einmal ist festzuhalten, dass sich das Problem des RechtsRock weder auf Sachsen-Anhalt noch auf eine bestimmte Region in Sachsen-Anhalt beschränken lässt. Wenn man sich die derzeit ca. 20 Bands und Liedermacher anschaut, dann verteilen sie sich über das gesamte Bundesland: von „Valhallas Patriots“ in Halle/Saale über „Fight Tonight“ aus Sangerhausen oder „Kraftschlag“ aus Naumburg und „Vae Victis“ aus Köthen. Wichtig ist mit Sicherheit auch Magdeburg, da von hier mit „Daily Broken Dreams“ eine wichtige extrem rechte Hardcore-Band kommt, an die auch noch das Label „Until the end“ angeschlossen ist. Aber auch „Barbarossa Records“ aus Sangerhausen, die sich jetzt „Staatsfeind Versand“ nennen, sind wichtig und „Odinseye“ aus Bernburg darf man auch nicht vergessen. Zu „Odinseye“ gehört auch noch ein eigener Laden.

Spielen illegale Konzerte noch eine wichtige Rolle? Oder sind es inzwischen eher legale Konzertveranstaltungen wie beispielsweise das „Sommerfest“ in Sanger-

hausen, die das „illegale Vergnügen“ abgelöst haben.

Ich denke, dass „illegale“ Konzerte weiterhin eine wichtige Rolle spielen. Der Begriff „illegal“ ist in diesem Zusammenhang allerdings schwierig, denn eigentlich illegal sind die Konzerte ja nicht. Sie werden aber von der Polizei recht rigoros aufgelöst, was auch richtig ist, da – betrachtet man die Konzerte mal genauer – es hier so gut wie immer zu Straftaten kommt, vor allem Volksverhetzung und das Zeigen von Symbolen verbotener Organisationen. Diese oftmals als Geburtstagsfeier und Hochzeit angemeldeten Konzerte haben natürlich gerade für jüngere Szeneaktivisten einen besonderen Kitzel. Das ist ein richtiges Katz-und-Maus-Spiel mit der Polizei, bei dem die Musik nur einen Teil des Eventcharakters ausmacht. Die Veranstaltungen der NPD, die angemeldet sind und durch den Parteienstatus der NPD Rechtssicherheit genießen, sind im Gegensatz zu den konspirativ organisierten Konzerten viel niedrigschwelliger. Sie werden im Internet offen beworben. Trotzdem wissen die extrem rechten Fans natürlich, dass sie auch bei diesen Konzerten mit der Polizei und eventuell auch mit Antifas oder Bündnissen gegen Rechts konfrontiert werden. Wer zu öffentlichen Events der NPD oder zu Aufmärschen geht, der bekennt sich ja auch öffentlich zu seiner rechten Einstellung.

Einige rechtsextreme Bands aus Sachsen-Anhalt spielen auch überregional bei Konzerten. Welche Bands sind Ihnen hier besonders aufgefallen?

Häufiger spielen „Valhallas Patriots“ im Ausland, „Civil Disorder“ aus Angern hat gerade in Italien beim Sommerfest der „Veneto Fronte Skinheads“ gespielt, „Eternal Pride“ aus Blankenburg spielte schon des Öfteren bei internationalen „Blood&Honour“-Konzerten und „Daily Broken Dreams“, die ja früher „Race Riot“ hießen, sind schon in Italien, der Tschechischen Republik, in Belgien und Ungarn aufgetreten. Zu derartigen Auftritten wird man natürlich nur eingeladen, wenn man als besonders gute oder radikale Band in der Szene bekannt ist.

Neonazis aus Sachsen-Anhalt spielten im Netzwerk von „Blood&Honour“ eine wichtige Rolle. Wie hat sich das Verbot der deutschen Sektion im September 2001 auf deren Aktivitäten ausgewirkt?

Tatsächlich hat die Neonaziszene mit dem Verbot von „Blood&Honour“ (B&H) eine wichtige Organisation verloren, die über die Musik hinaus strategisch gedacht hat. Gerade der strategische Moment konnte so nicht weiter umgesetzt werden, aber im Bereich der Erlebniskultur haben die Funktionäre von B&H nahezu bruchlos weiter gemacht. Dazu brauchten sie eigentlich nicht mal einen neuen Namen – ähnlich wie auch die Organisationsverbote bei den Parteien Mitte der 1990er Jahre nicht zum Verschwinden der Neonaziszene, sondern zur Herausbildung der „freien Kameradschaften“ geführt haben. Es sind einfach die gleichen Leute, die auch nach dem B&H-Verbot weiter machen.

Können Sie einen Zusammenhang zwischen den rassistischen und oft extrem Gewalt verherrlichenden Texten der Neonazibands und rechten Gewalttaten erkennen?

Ihn nicht zu erkennen, hieße wirklich blind zu sein. Auch hierfür gibt es viele Beispiele aus Sachsen-Anhalt: Zum Beispiel als im August letzten Jahres drei Neonazis ihre vietnamesischen Nachbarn überfielen, hatten sie vorher Lieder der Neonaziband „Landser“ gehört – wie übrigens auch die Mörder von Alberto Adriano in Dessau. Allerdings darf man sich das nicht so einfach und linear vorstellen. Es gibt keinen Zusammenhang à la „jetzt hörst du RechtsRock und dann gehst du prügeln“. Das geht eher darüber, dass über Musik die Ideologie der extremen Rechten vermittelt wird und die ist ausgrenzend, extrem rassistisch. Bei diesen Botschaften ist es zwangsläufig, dass es zu Gewalttaten kommt. Zu rassistischen Angriffen müssen die Hörer in den Liedern noch nicht mal explizit aufgefordert werden, das ist die logische Folge der in den RechtsRock-Texten vertretenen Ideologie.

Vielen Dank für das Gespräch. ■

7. Juni/Dessau-Roßlau

Ein 16-Jähriger wird von einem Rechten durch die Stadt gehetzt und mehrere Male geschlagen. Der Betroffene erleidet u.a. einen Nasenbeinbruch. Der 16-Jährige geht davon aus, dass der Täter sich rächen wollte, weil er ihn wegen eines vorangegangenen Angriffs angezeigt hatte.

28. Juni/Merseburg

Am Bahnhof beschimpft ein Rechter aus einer größeren Gruppe heraus zwei Jugendliche aus der alternativen Szene. Einem 19-Jährigen schlägt er mit der Faust ins Gesicht. Die Betroffenen flüchten. Der sie verfolgende Angreifer bepöbelt sie weiter. Dann stößt er sie auf die Bahngleise, springt hinterher und versetzt dem 19-Jährigen nochmals einen Faustschlag ins Gesicht. Die Betroffenen erstatten Anzeige.

3. Juli/Magdeburg

Nach rassistischen Beleidigungen tritt eine Frau eine 35-jährige Bosnierin, die am frühen Abend mit ihren vier Kindern in einer Straßenbahn unterwegs ist, schlägt sie u.a. mit der Faust ins Gesicht und schubst den zehnjährigen Sohn so hart, dass er mit seinem Kopf gegen ein Fenster fällt. Fahrgäste und der Fahrer greifen ein und rufen die Polizei. Die Täterin flüchtete, kann aber später von der Polizei ermittelt werden.

6. Juli/Magdeburg

In einem von Gästen eines Afroshops und einer Gaststätte genutzten Hof in Magdeburg-Neustadt werden drei Kinder afrikanischer Eltern im Alter von drei bis fünf Jahren von einer Frau mit einer Flasche beworfen. Die Angreiferin verschwindet, bevor die Polizei eintrifft. Dem Wurf sind rassistische Beleidigungen eines Kneipengasts gegen zwei Afroshopbesucher vorausgegangen. Die Polizei ermittelt u.a. wegen versuchter gefährlicher Körperverletzung.

9. Juli/Gernrode

(Landkreis Harz) Bei einer Schulabschlussfeier provozieren offensichtliche Rechte, die immer zahlreicher vor Ort erscheinen. Im weiteren Verlauf schlägt einer der Rechten einem 17-jährigen Punk mit der Faust ins Gesicht.

19. Juli/Eilsleben

Ein Migrant aus dem Kosovo wird nachmittags an einer Bushaltestelle von einem Mann rassistisch beschimpft. Schließlich fährt der Angreifer dem Betroffenen mit dem Fahrrad hinterher und versetzt ihm im Vorbeifahren einen Fußtritt.

Vor Ort:

Neonazistische Strukturen unter der Lupe

Im Juli 2008 fand zum zweiten Mal in einem Gewerbegebiet in Sangerhausen das „Sommerfest der nationalen Bewegung Sachsen-Anhalt“ statt – maßgeblich organisiert vom NPD-Landesverband Sachsen-Anhalt. Wichtigstes Ziel: die Einigkeit der rechtsextremen Szene zu demonstrieren, die sogenannte Volksfront, die von der NPD und deren Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) über die freien Kameradschaften bis in die lose strukturierte extrem rechte Subkultur reicht. Auffällig war dabei die Mischung extrem rechter Subkulturangebote in Sachsen-Anhalt – die sich vor allem in den unterschiedlichen Versandläden ausdrückte, die das Festival als Plattform nutzten.

Mit knapp 250 TeilnehmerInnen war das „Sommerfest“ in diesem Jahr allerdings schlechter besucht als im Vorjahr. Junge Männer aus der Region und ganz Sachsen-Anhalt mit T-Shirt-Botschaften wie „Kriminelle Vereinigung“ oder „Ich geh´ über Leichen“ bildeten die Mehrheit des Publikums. Einige der Parolen und der zahlreich zur Schau gestellten Tätowierungen waren notdürftig mit Klebeband abgedeckt, um die polizeilichen Auflagen für diesen Tag zu erfüllen. Aber auch junge Frauen mitsamt Babys im Kinderwagen und einige Kinder waren unter den Festival-BesucherInnen. Allerdings wurde dem „nationalen Nachwuchs“ in Sangerhausen lediglich eine Hüpfburg direkt neben den Dixi-Klos angeboten.

Überall dabei: Das Trio vom „Thingplatz“

Dominiert wurde das Fest von politischer Propaganda: Wie immer bei derartigen Szeneveranstaltungen boten zahlreiche Verkaufsstände Accessoires für den rechten Lifestyle wie RechtsRock-CDs, T-Shirts oder Anstecker. Vertreten waren fast alle wichtigen Versandgeschäfte aus Sachsen-Anhalt, beispielsweise der „Frontdienst-Versand“ der JN, der neben Zeitungen und Flugblättern gleich stapelweise aktuelle Aufkleber anbot. Der JN-Ver-

sand hat seinen Sitz in der Bundesgeschäftsstelle der Jugendorganisation in einem Haus in der Fußgängerzone von Bernburg.

Ein Versand hatte beim „Sommerfest“ quasi Heimvorteil: „Zum Thingplatz“ nennt sich der neonazistische Gemischtwarenladen, den der vor Kurzem von Halle nach Sotterhausen umgezogene langjährige Szeneaktivist Marcus Großmann mitsamt Druckerei betreibt. Großmann ist im NPD-Landesvorstand als Organisationsleiter tätig und Jugendbeauftragter im NPD-Kreisverband Mansfeld-Südharz. Gegen ihn laufen derzeit mehrere Verfahren u.a. wegen Körperverletzung. In Sotterhausen bewohnt er gemeinsam mit dem bundesweit bekannten Neonazi Enrico Marx und der NPD-Kreistagsabgeordneten und stellvertretenden Vorsitzenden der NPD-Frauenorganisation „Ring Nationaler Frauen“ Judith Rothe ein Grundstück. Durch die dort abgehaltenen Konzerte und Kameradschaftsabende ist das Anwesen seit Langem einer der wichtigsten Neonazi-Treffpunkte in der Region. Eine der Feiern dort war im Januar 2007 Ausgangspunkt des Brandanschlages auf eine Flüchtlingsunterkunft in Sangerhausen.

Wirkungsloses Verbot von Blood&Honour Deutschland

Mit dem Label „Barbarossa Records“ produzierte der seit über zehn Jahren in der Szene aktive Marx zahlreiche Neonazi-Bands, deren CDs zum Teil auf dem Index für jugendgefährdende Medien stehen. Allerdings sind dem 31-Jährigen und auch seiner Lebensgefährtin Judith Rothe inzwischen die Gewerbeerlaubnis entzogen worden, weswegen Marx auch seinen „Staatsfeind“-Versand zunächst offiziell einstellen musste. Enrico Marx, der über die entsprechenden technischen Ausstattungen verfügt, und Marcus Großmann begleiten derzeit mit ihrem Lautsprecherwagen jede Neonazi-Demonstration in Sachsen-Anhalt. Der bei einer Securityfirma beschäftigte Großmann ist zudem seit mehreren Jahren beim „Selbstschutz Deutschland“ aktiv und betätigt sich

Mutmaßliche Rechtsextremisten bewarfen gegen 2 Uhr das Alternative Jugendzentrum in Dessau mit Pflastersteinen. Es entsteht ein Sachschaden von mehreren Tausend Euro. Nur zufällig wird niemand im Haus verletzt. Die Polizei ermittelt wegen Sachbeschädigung und Landfriedensbruch. Bereits in der Woche zuvor war die Eingangstür des AJZ durch Flaschenwürfe erheblich beschädigt worden.

als Ordner auf überregionalen Großaufmärschen der extremen Rechten.

Zu den Konzerten bei Marx & Co. kamen und kommen AnhängerInnen verschiedenster subkultureller Stilrichtungen in das 250-Einwohnerdorf Sotterhausen bei Sangerhausen. Entsprechend „bunt“ gemischt war auch die Zusammenstellung der Bands beim „Sommerfest“: Ein Ausfall war lediglich die Gruppe „Fight Tonight“, die im vergangenen Jahr für den Abbruch des Sommerfestes sorgte und in der einer der wegen des Brandanschlags auf die Flüchtlingsunterkunft in Sotterhausen (siehe Seite 2) Verurteilten bis zu seiner Inhaftierung als Schlagzeuger aktiv war. Für Schlagzeilen sorgte „Fight Tonight“ u.a. durch Auftritte im Mai im thüringischen Sondershausen und im April 2008 in Belgien auf einem vom verbotenen Neonazinetzwerk „Blood&Honour“ (B&H) organisierten „Adolf-Hitler-Memorial“.

Dabei ist „Fight Tonight“ nicht die einzige sogenannte Hatecore-Band aus Sachsen-Anhalt, die offenbar über gute Kontakte zu den internationalen Strukturen von „Blood & Honour“ verfügt. So spielte beispielsweise die Magdeburger Hatecore-Band „Civil Disorder“, die ebenfalls im vergangenen Jahr auf dem Sommerfest zu hören waren, im April 2008 bei einem „B&H“-Konzert in Dänemark.

Prozess ohne Aufklärungsinteresse

Derartige Aktivitäten machen deutlich, dass das Verbot der deutschen Sektion von „Blood&Honour“ im September 2001 die einzelnen AktivistInnen des Netzwerks kaum beeinträchtigt hat. Deutlich wurde dies nicht zuletzt in einem Prozess wegen „Fortführung einer verbotenen Organisation“, der von Februar bis März 2008 vor dem Landgericht Halle stattfand. Sieben B&H-AktivistInnen aus verschiedenen Bundesländern, darunter auch der Stützpunkt-

leiter der JN Magdeburg, Sascha Braumann, waren angeklagt, nach dem B&H-Verbot im September 2001 die Weiterführung der Organisation geplant und mit mehreren Veranstaltungen auch betrieben zu haben.

Doch das Gericht verzichtete darauf, die Strukturen und die aktuellen Aktivitäten der Angeklagten zu beleuchten. Stattdessen kam es zu Einstellungen und geringen Geldstrafen, weil lediglich für zwei Konzerte in Niedersachsen und in Magdeburg eine „Blood&Honour“-Beteiligung nachgewiesen werden konnte. Dabei hat sich insbesondere um die niedersächsischen Neonazis Hannes Knoch und Hannes Franke längst ein Netzwerk aus Tattoo-Shops, Kampfsport- und Military-Strukturen gebildet, das auch in Sachsen-Anhalt präsent ist – wie beispielsweise im Juni bei einer sogenannten Fight Night in Salzwedel deutlich wurde, wo neben alten B&H-AktivistInnen u.a. auch die „Freie Nationalisten Altmark West“ (FNAW) Präsenz zeigten.

Gewalt als Strategie

Als Redner auf dem diesjährigen Sommerfest in Sangerhausen war mit dem ehemaligen NPD-Bundesvorstandsmitglied und Kameradschaftsaktivisten Thomas „Steiner“ Wulff eine einschlägige „Szenegröße“ mit langjährigen freundschaftlichen Kontakten nach Magdeburg und in die Altmark eingeladen. In seiner Rede lobte sich Wulff vor allem selbst: für die Erfindung der „Volksfront“ und für seine Verdienste um die Integration der sogenannten freien Kräfte in die NPD, die er insbesondere in Sachsen-Anhalt als vorbildhaft bezeichnete. Außerdem betonte der 45-jährige Wulff die Funktion der NPD, die für ihn „in der Parlamentsarbeit einzig und alleine ein weiteres Mittel der Propaganda“ ist. Nur mit der Hilfe „freier Kräfte“ sei es möglich, „dieses korrupte System ein für alle Mal zum Fall zu bringen“.

Auf der Website:

www.mobile-opferberatung.de finden sich weitere Angriffe und eine ausführliche Fassung der Chronik.

Dank an alle SpenderInnen

Über 1.600 Euro wurden bislang für die beiden vietnamesischen Familien gespendet, deren Existenzgrundlage nach einem Brandanschlag durch Rechte in Bismark im vergangenen Jahr zerstört wurde. An dieser Stelle wollen wir allen SpenderInnen aus kirchlichen Kreisen, aus Parteien und Initiativen sowie den vielen Einzelpersonen ganz herzlich danken. Auch der Opferfonds Cura der Amadeu-Antonio-Stiftung hat die Familien mit einer Summe von rund 1.600 Euro aus einer gezielten Spendenaktion für migrantische Gewerbetreibende unterstützt, deren Imbisse, Läden und Geschäfte durch rassistische Brandanschläge zerstört wurden.

Auch auf den Spendenaufruf der Mobilen Opferberatung für das soziokulturelle Zentrum Zora e.V. in Halberstadt haben viele Einzelpersonen und Initiativen reagiert. So übergab beispielsweise der Dachverein Reichenstraße aus Quedlinburg bei der Veranstaltung „Solidarität mit den Opfern rechter Gewalt“ am 9. Juni 2008 in Halberstadt eine Spende in Höhe von 235 Euro an die Zora. Auch in diesem Fall wollen wir allen SpenderInnen einen großen Dank aussprechen für ihre Solidarität und materielle Unterstützung.

Streiten mit Neonazis

aktualisierte Broschüre erhältlich

Die Broschüre „Streiten mit Neonazis?“ über den Umgang mit RechtsextremistInnen ist neu aufgelegt und aktualisiert worden. Nach wie vor ist die gezielte öffentliche Provokation des politischen Gegners fester Bestandteil rechtsextremer Strategie. Die Broschüre will Tipps und Hilfestellung leisten, wie schon vorbeugend damit umgegangen werden kann, wenn Neonazis eine Veranstaltung „okkupieren“ und umfunktionieren oder BesucherInnen einschüchtern wollen. Mittlerweile haben sich viele Bürgerbündnisse und Initiativen bei Veranstaltungen aus den Vorschlägen der Broschüre bedient. Miteinander e.V. will mit der Broschüre verhindern, dass interessante und wichtige Veranstaltungen von Rechtsextremisten gestört und im schlimmsten Fall verhindert werden. Stattdessen sollen OrganisatorInnen vor Ort verständliche Informationen und leicht umsetzbare Tipps erhalten, die die Erfahrungen anderer Veranstalter mit berücksichtigen.

Im Inhalt finden sich unter anderem Texte zur Strategie der Wortergreifung, Hintergründe zur Ideologie der extremen Rechten, Tipps und Hinweise für VeranstalterInnen, rechtliche Hinweise sowie eine Checkliste für eine erfolgreiche, neonazi- und stressfreie Veranstaltung. Im Mittelpunkt der Veröffentlichung stehen die sogenannte Wortergreifungsstrategie neonazistischer Gruppen bei Veranstaltungen demokratischer Organisationen und die Möglichkeiten, die Wirkung der Selbstinszenierung rechter Gruppen einzugrenzen.

Die Broschüre kann über die Geschäftsstelle von Miteinander e.V. bezogen oder auf der Vereinswebsite www.miteinander-ev.de im PDF-Format heruntergeladen werden:

Miteinander e.V.
Erich-Weinert-Str. 30
39104 Magdeburg
net.gs@miteinander-ev.de

Über diesen Newsletter:

Die „informationen der Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt“ erscheinen fünf Mal im Jahr und werden kostenlos verschickt. Die „informationen“ können auch per E-mail bezogen werden. Wenn Ihr/Sie die „informationen“ bislang nicht direkt zugeschickt bekommen habt oder weitere Exemplare erhalten möchtet, bitte eine Rückmeldung geben an die unten genannte Adresse. Wir nehmen Euch/Sie dann in den Verteiler auf.

Mobile Opferberatung
Erich-Weinert-Str. 30
39104 Magdeburg

opferberatung.mitte@miteinander-ev.de
Telefon: 0391/5 44 67 10
Fax: 0391/5 44 67 11

Unbürokratische Hilfe:

Unbürokratische Hilfe für Betroffene rechter und rassistischer Gewalt stellt der Opferfonds bei Miteinander e.V. zur Verfügung. Anlässlich des rassistischen Mordes an Alberto Adriano in Dessau im Juni 2000 wurde der „Fonds für Opfer fremdenfeindlicher und rechtsextremer Gewalt“ ins Leben gerufen. Seitdem erhielten über einhundert Betroffene unterschiedliche Summen, um die materiellen und immateriellen Angriffsfolgen zu bewältigen. Damit der Opferfonds weiterhin unbürokratisch helfen kann, brauchen wir ihre Hilfe. Spenden sind steuerlich absetzbar.

Konto:
Miteinander e.V.
Stichwort: Opferfonds
Bank für Sozialwirtschaft Magdeburg
Konto-Nr.: 53 53 53, BLZ: 810 205 00

Impressum

Herausgeber:

Mobile Beratung für
Opfer rechter Gewalt
Erich-Weinert-Str. 30
39104 Magdeburg

Telefon: 0391/5 44 67 10

Fax: 0391/5 44 67 11

opferberatung.mitte@miteinander-ev.de

www.mobile-opferberatung.de

Redaktion:

Heike Kleffner (V.i.S.d.P.),
Martin Beck

Gestaltung: www.flmh.de

getragen von:



Netzwerk für Demokratie und
Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V.

gefördert von:



SACHSEN-ANHALT
Landeszentrale
für politische Bildung

Ministerium für Gesundheit und Soziales
des Landes Sachsen-Anhalt



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms
Förderung von Beratungsnetzwerken –
Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus